

Bürgerallianz Thüringen gegen überhöhte Kommunalabgaben e.V.

Wolfgang Kleindienst; stellvertr. Landesvorsitzender; 07381 Pößneck; Hohe Straße 13
Tel. 03647 423223 --- Fax 03647 442046; Funk 0179 4992924; E-Mail: kleindienst@birso.de

Pößneck, den 28. 02. 2004

Pressemitteilung

Die *Bürgerallianz Thüringen* veranstaltet am 01. April 2004 um 17:00 Uhr in Erfurt vor dem Thüringer Landtag eine **Protest-Demo** unter dem Motto **„Für soziale Gerechtigkeit – auch bei Kommunalabgaben“**.

Für ein breites Bündnis zu dieser Demo haben wir deshalb auch den DGB, die PDS, die SPD, die CDU, die FDP, B90/ Die Grünen, Die Grauen, das „Bündnis Mehr Demokratie“, Bund der Steuerzahler und viele andere Organisationen aufgerufen, sich anzuschließen.

Bisher haben die PDS Thüringen und Bündnis 90/ Die Grünen ihre Unterstützung und Mitarbeit zugesagt. Bodo Ramelow (PDS) und Kathrin Hoyer (B90/ Die Grünen) werden als Redner erwartet.

Die *Bürgerallianz Thüringen* hat nun auch die CDU, Die Grauen und die FDP in Thüringen aufgerufen, sich an der Protest-Demo anzuschließen. Die PDS hat bereits ihre Kreisverbände informiert, sich mit in die Organisation einzubinden. In der kommenden Woche erwarten wir weitere Zusagen von weiteren Parteien und Organisationen.

Die Menschen, besonders in Thüringen und in den neuen Bundesländern, wollen und können sich nicht länger den Sozialabbau und zunehmende Belastungen, wie z.B. Kommunalabgaben, gefallen lassen. Die Landesregierung ist in Thüringen für die hohe Arbeitslosigkeit und die Abwanderung unserer Jugend und der Fachkräfte in den Westen verantwortlich. Die *Bürgerallianz Thüringen* warnt die SPD vor einer beabsichtigten großen Koalition mit der CDU. Dies bringt keinen Politikwechsel und würde die Lage unserer Menschen weiter verschlechtern.

Die Kommunalabgaben für Wasser, Abwasser, Straßenausbau oder Müll bringen immer mehr Bürgerinnen und Bürger, das Handwerk, den Mittelstand, die Industrie und die Kommunen in existentielle Bedrängnis. Die *Bürgerallianz Thüringen* setzt sich gemeinsam mit Vertretern vieler Interessenverbände und Parteien für gerechte und bezahlbare Kommunalabgaben ein.

Die Schmerzgrenze ist längst erreicht. Damit die demokratische Grundordnung nicht aus den Fugen gerät, werden wir unsere Kräfte bündeln. Aufgerufen werden auch alle Mitstreiter in den neuen Bundesländern. Diese Demonstration soll auch deutlich machen, daß wir nicht mehr bereit sind, an leere Versprechungen, besonders vor Wahlen, zu glauben.

Die *Bürgerallianz Thüringen* fordert erneut den Innenminister auf, wie von Ministerpräsident Althaus gewollt, Gespräche mit uns aufzunehmen. Das Schweigen des Innenministeriums ist unverantwortlich.

Mit freundlichen Grüßen

Wolfgang Kleindienst
Stellv. LV *Bürgerallianz Thüringen*